

Kerstin Schmidt

Den demografischen Wandel gestalten

**– Weichen für die Zukunft
stellen –**

Daten und Fakten aus dem Projekt „Kompass-
Modellkommunen“

(Veröffentlichung für das Fachforum am 18. Juni 2002 in Coesfeld)

www.kompass-modellkommunen.de



Bertelsmann Stiftung

© 2002

Bertelsmann Stiftung

Kompass-Modellkommunen
Projektleiterin Kerstin Schmidt
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Kompass-Projektbüro

Telefon: 0 52 41 - 81 81 420
E-Mail: tanja.scheit@bertelsmann.de

Den demografischen Wandel gestalten – Weichen für die Zukunft stellen –

Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Relevanz des Demografischen Wandels auf kommunaler Ebene | 5 |
| 2. Die Bevölkerungsentwicklung in der gesamten Bundesrepublik und im internationalen Vergleich..... | 6 |
| 3. Die Situation in den Kompass-Kommunen..... | 10 |
| 4. Auswirkungen des Demografischen Wandels..... | 13 |
| 5. Handlungsmöglichkeiten vor Ort..... | 14 |
| Literatur und Webadressen..... | 20 |

1. Relevanz des Demografischen Wandels auf kommunaler Ebene

Wie werden sich unsere Kommunen in 15 Jahren verändern? Wie werden Alt und Jung zusammen leben? Wieviele Kindergärten und Schulen werden wir benötigen? Wieviele Arbeitskräfte werden zur Verfügung stehen, um den Wohlstand der Bevölkerung zu erwirtschaften? Welche Freizeitangebote werden in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen benötigt? Sind ausreichend altengerechte Wohnungen mit Nahversorgungsangeboten vorhanden? Haben wir bis dahin eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Senioren aufgebaut? Wie können wir die Potenziale älterer Menschen nutzen? Und wie familien- und kinderfreundlich sind unsere Kommunen?

Fakt ist: Deutschlands Kommunen stehen vor einem tiefgreifenden Wandel in der Bevölkerungsentwicklung. Sinkende Bevölkerungszahlen und die Veralterung der Bevölkerung werden sich dort bemerkbar machen, wo die Menschen leben: in den Kommunen. Die wenigsten Kommunen allerdings machen sich darüber Gedanken, wie sie dem demografischen Wandel begegnen und wie sie diese Entwicklung gestalten wollen. Und natürlich steht die Frage im Raum, welche Maßnahmen eine Kommune, angesichts befristeter Wahlperioden und wechselnder Mehrheiten, überhaupt in die Wege leiten kann, ohne dass die geplanten Schritte wieder verworfen werden.

In dem folgenden Trendbericht soll auf die Bedeutung des demografischen Wandels für die kommunale Entwicklung eingegangen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Städte Dortmund, Coesfeld, Celle, Herford und Arnberg sowie die Kreise Osnabrück, Pinneberg und Soest. Diese Kommunen sind Teilnehmer des Kompass-Projektes, das darauf abzielt, Themen von langfristiger Bedeutung für die kommunale Entwicklung aufzugreifen und tragfähige Maßnahmenkonzepte für deren Lösung zu entwickeln.¹

Für den demografischen Wandel gilt, dass nur ein Blick auf die Entwicklung in der Gegenwart Aussagen über die Zukunft ermöglicht. Der vorliegende Bericht präsentiert auf der einen Seite Zahlen, die den demografischen Wandel deutlich machen. Auf der anderen Seite soll aber auch, den Ursachen nachgegangen und mögliche Handlungskonzepte entwickelt werden.

¹ Weitere Informationen zum Kompass-Projekt finden sie im Internet unter www.kompas-modellkommunen.de

2. Die Bevölkerungsentwicklung in der gesamten Bundesrepublik und im internationalen Vergleich

Zur Zeit leben rund 82 Millionen Menschen in Deutschland. Diese Zahl wird nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes zur Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050 kontinuierlich abnehmen.² Maßgeblich wird diese Entwicklung von drei Faktoren beeinflusst: der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und dem Zuwanderungsgewinn.

Geburtenhäufigkeit

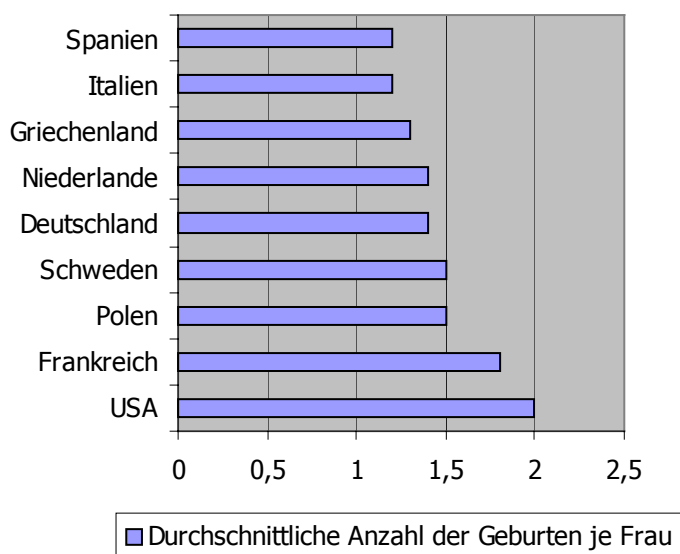
Hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit zeichnet sich in Deutschland folgender Trend ab: Seit Jahren werden weniger Kinder geboren, als zur langfristigen Erhaltung der Bevölkerungszahl notwendig wären. Noch in den 60er Jahren gab es in den alten Bundesländern einen Babyboom, der durch durchschnittliche Kinderzahlen von 2500 je 1000 Frauen gekennzeichnet war. Die damals Geborenen bilden heute die starken Jahrgänge im Alter von etwa Mitte bis Ende 30.

In der Folgezeit gingen die Geburtenzahlen jedoch stark zurück. Die Geburtenrate erreichte in den alten Bundesländern Mitte der 80er Jahre ihr Tief mit weniger als 1300 Kinder je 1000 Frauen, stieg bis 1990 wieder etwas an (auf 1450), schwankt seither geringfügig und betrug 1998 gut 1400. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies, dass 1999 in ganz Deutschland nur noch 770000 Kinder geboren wurden.

Die Kinderzahl in Deutschland gehört damit weltweit zu den niedrigsten. Eine niedrigere Geburtenhäufigkeit als Deutschland weisen in Europa nur noch Italien und Spanien mit etwa 1200 sowie Griechenland mit 1300 Kindern je 1000 Frauen auf. Dagegen kommen in Schweden und Polen etwa 1500 Kinder auf 1000 Frauen. In den Niederlanden sind es etwa 1400 und in den USA 2000 Kinder je 1000 Frauen. Interessant ist die Entwicklung in Frankreich, wo nach einem Rückgang der Geburtenzahlen in den 80er und frühen 90er Jahren im Jahr 1999 wieder rund 1800 Kinder je 1000 Frauen geboren wurden. Die Geburtenrate nähert sich damit wieder dem Wert von 1980 (rund 1900 Geburten je 1000 Frauen) an. Doch auch diese relativ hohe Geburtenrate reicht nicht aus, um die Bevölkerungszahl zu erhalten. Hierfür wäre eine Geburtenrate von etwa 2100 Kindern je 1000 Frauen erforderlich.

² Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050, Wiesbaden 2000

Geburtenhäufigkeit



Seit nunmehr etwa 30 Jahren werden in Deutschland deutlich weniger Kinder geboren, als zur zahlenmäßigen Nachfolge ihrer Eltern generation notwendig wären. Die Eltern generation wird derzeit nur noch zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt.

Bleibt das Geburtenniveau auf Dauer so niedrig, hat das langfristig eine sinkende und alternde Bevölkerung zur Folge. Das Statistische Bundesamt hat seiner Prognose zur Bevölkerungsentwicklung ein gleichbleibend niedriges Geburtenniveau zugrundegelegt. Auch die ursprünglich etwas höhere Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern wird sich wahrscheinlich weitgehend an die niedrigere in den alten Ländern angleichen.

Während sich die durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in Deutschland auf einem geringen Niveau stabilisiert, nimmt die Lebenserwartung seit Jahrzehnten zu. Ein Kind, das heute im früheren Bundesgebiet geboren wird, hat eine über 30 Jahre höhere Lebenserwartung als ein Kind, das vor hundert Jahren zur Welt kam. In seiner Prognose zur Bevölkerungsentwicklung geht das Statistische Bundesamt von einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung 60-Jähriger um etwa 3 Jahre im Jahr 2050 aus, d.h. im Jahr 2050 wird ein 60-jähriger Mann wahrscheinlich noch eine Lebenserwartung von weiteren 21,6 Jahren und eine 60-jährige Frau von weiteren 26,7 Jahren haben.

Lebenserwartung

Bevölkerungsprognose

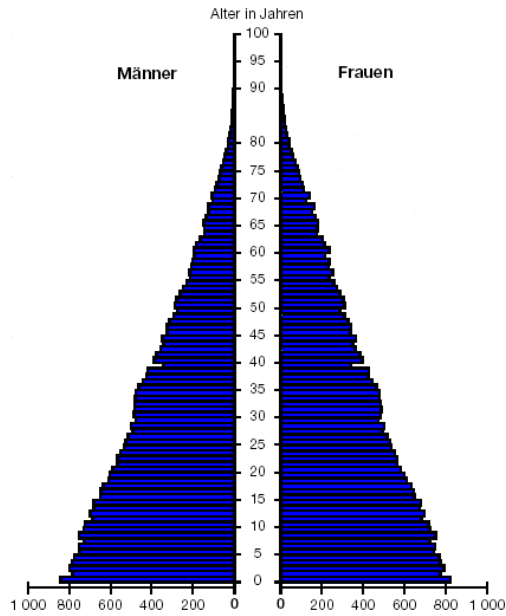
Die Bevölkerungsentwicklung wird zudem maßgeblich von den Zu- und Fortzügen aus dem bzw. in das Ausland beeinflusst. Bei seiner Prognose zur Bevölkerungsentwicklung hat das Statistische Bundesamt zwei Varianten zugrunde gelegt. Die erste geht von einem langfristigen jährlichen Zuwanderungsgewinn von 100.000 Personen, die zweite von 200.000 Personen aus.

Nach der ersten Variante ist im Jahr 2050 mit einer Bevölkerung von 65 Millionen zu rechnen. Die zweite Variante führt zu einem Bevölkerungsrückgang auf 70 Millionen. Ohne Zuwanderungsgewinn würde die Gesamtzahl der Bevölkerung sogar auf 59 Millionen sinken.

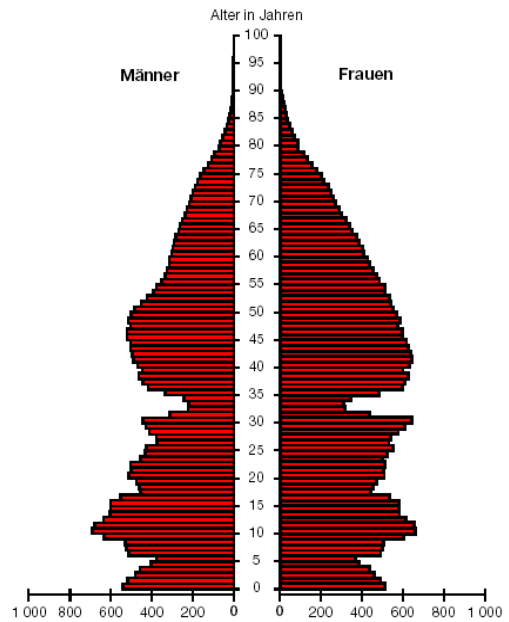
Dabei wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung grundlegend verändern. Dies wird anhand von Alterspyramiden besonders deutlich. Idealerweise stellen die Neugeborenen den stärksten Jahrgang und bilden somit einen breiten Sockel für die Pyramide. Der Altersaufbau im Jahr 1910 ergab eine solche Pyramide. 1950 waren als Folge der beiden Weltkriege deutliche Einkerbungen in der Pyramide zu erkennen. Heute erinnert der Altersaufbau bereits kaum noch an eine Pyramide. Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung wird zu einer Art „Alterspitz“ führen.

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland

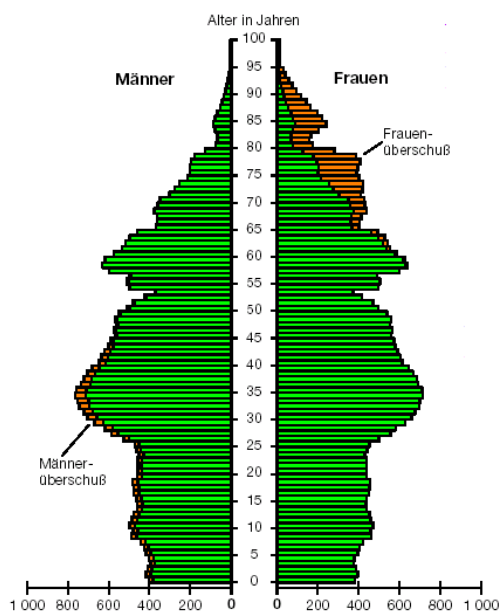
am 01.12.1910



am 31.12.1950

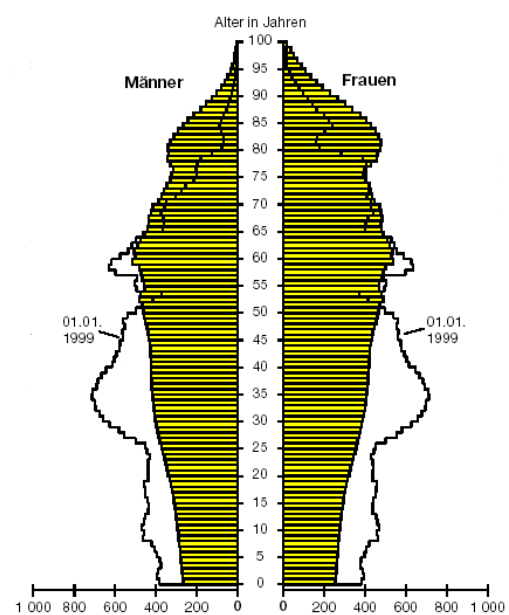


am 01.01.1999



am 01.01.1999

und am 01.01.2050



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der bestehende Altersaufbau hat entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Altersstruktur. Die heutigen Eltern rücken in ein höheres Alter auf, ihre Kinder bilden die schwächer besetzte nachfolgende Elterngeneration, die bei gleich bleibend niedriger Geburtenhäufigkeit insgesamt weniger Kinder zur Welt bringen wird. Es gibt also immer weniger potenzielle Eltern und folglich auch weniger Geburten. Die Alterspyramide wird sich dadurch nach unten weiter verengen.

Mehr ältere Menschen

Auch werden die Sterbefälle in wachsendem Maße die Geburten überwiegen. In Deutschland starben im Jahr 1999 bereits 76.000 Menschen mehr als Kinder geboren wurden. Die Bevölkerung wird zudem zunehmend veraltern. Ohne jede Zuwanderung wären im Jahr 2050 4 von 10 Einwohnern über 60 Jahre alt. Bei einem angenommenen Zuwanderungsgewinn von 200.000 Personen im Jahr wäre immer noch mehr als ein Drittel der Einwohner über 60 Jahre alt. Dieser Entwicklung kann durch kein realistisch erwartbares Zuwanderungsvolumen begegnet werden. Vielmehr wird die Gruppe der 20- bis 60-Jährigen langfristig weniger als 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Derzeit stellt diese für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sowie für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherung entscheidende Altersgruppe mit 56 Prozent noch die Mehrheit der Bevölkerung.

Die in diesem Kapitel aufgezeigte Entwicklung führt zusammengefasst dazu, dass die Bevölkerung zukünftig schrumpfen und veraltern wird.

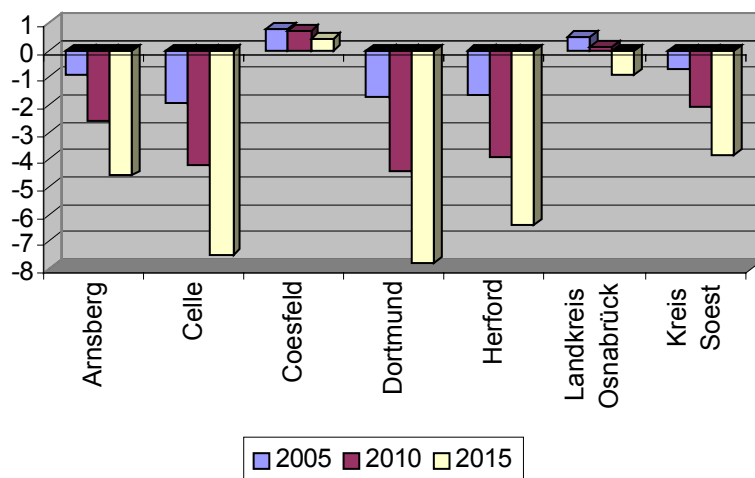
3. Die Situation in den Kompass-Kommunen

Auch in den Kommunen, die an den Untersuchungen des Kompass-Projektes teilnehmen, zeichnet sich der bundesweite Trend der demografischen Entwicklung ab.

Prognosen der statistischen Landesämter hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung zeigen, dass sinkende Bevölkerungszahlen und ein wachsender Anteil der über 80-jährigen für alle Kompass-Kommunen eine zentrale Herausforderung darstellen.

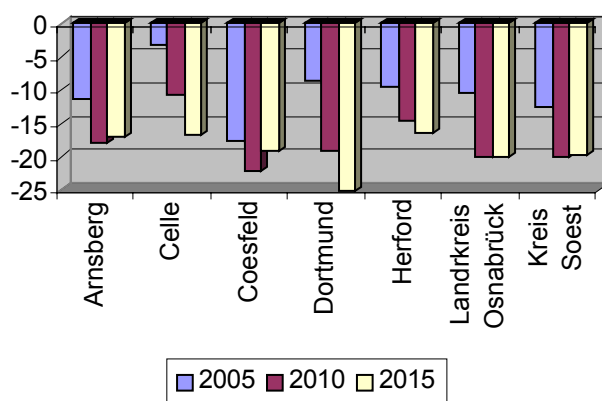
Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Jahre 2005, 2010 und 2015 ergibt, dass mit Ausnahme von Coesfeld alle Kommunen mit einem Bevölkerungsrückgang rechnen müssen. Im einzelnen stellt sich die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Kompass-Kommunen wie folgt dar.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung insgesamt für die Jahre 2005, 2010, 2015 (Entwicklung in Prozent, Basis Bevölkerung 2000)



Neben dem Rückgang der Bevölkerung wird auch eine Veralterung der Einwohner eintreten. Die prognostizierte Entwicklung in den verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass insbesondere mit einem starken Rückgang der Gruppe der 0 bis unter 6-Jährigen zu rechnen ist. Dieser Rückgang des Bevölkerungsnachwuchses tritt in den einzelnen Kommunen mehr oder weniger früh auf. Er trifft jedoch bis zum Jahr 2015 alle Kommunen mit deutlich zweistelligen Rückgangsraten. Das folgende Diagramm stellt den prognostizierten Rückgang in der Altersgruppe der 0 bis unter 6-Jährigen dar.

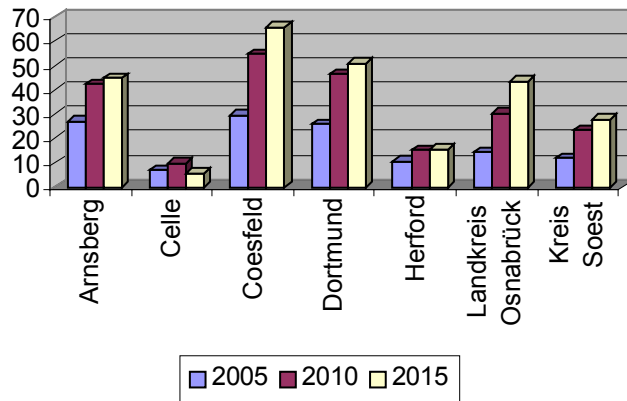
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Altersgruppe der 0- unter 6-Jährigen (Entwicklung in Prozent, Basis Bevölkerung 2000)



Dem Rückgang der jüngsten Bevölkerungsgruppe steht ein starker Zuwachs der ältesten Bevölkerungsgruppe gegenüber. Der Anteil der über 80-Jährigen an der Bevölkerung wird in allen Kommunen zunehmen, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt. Das folgende

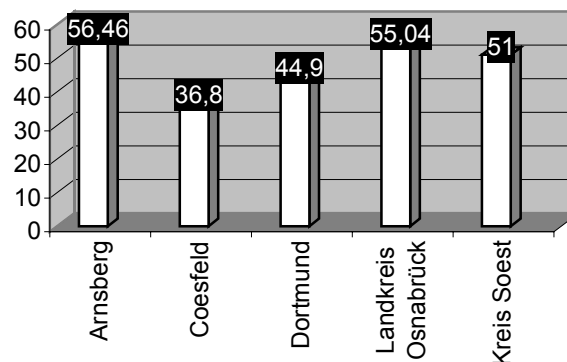
Diagramm zeigt die Entwicklung der Bevölkerungsgruppe der über 80-Jährigen.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Altersgruppe der über 80-Jährigen (Entwicklung in Prozent, Basis Bevölkerung 2000)



Eine Analyse der absoluten Geburtenzahlen in den Kompass-Kommunen ergibt, dass in den Jahren 1999 bzw. 2000 zwischen 36,8 und 56,46 Kinder pro 1000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 geboren wurden.

Geburten pro 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren



Ohne große „Zahlenflut“ wird insbesondere anhand der drei ausgewählten Kompass-Indikatoren deutlich, dass die Kommunen in naher Zukunft mit einschneidenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur zu rechnen haben.

4. Auswirkungen des demografischen Wandels

Die aufgezeigte demografische Entwicklung wird in den nächsten Jahrzehnten zu einem zentralen Problem für die Bereiche Wirtschaft, und Soziales. Alle Ebenen staatlichen Handels werden von dieser Entwicklung betroffen sein. Die Auswirkungen wurden von einer Enquête-Kommission des Bundestages eingehend untersucht. Mittlerweile liegt ein Abschlussbericht der Kommission vor.³ Darin wird der Schwerpunkt auf die Analyse der bundespolitischen Ebene gelegt. Danach wird der demografische Wandel vor allem die Bereiche Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit sowie die sozialen Sicherungssysteme betreffen. Die Enquête-Kommission gibt auch Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den demografischen Wandel, diese beziehen sich jedoch fast ausschließlich auf die Bundesebene. So werden bspw. Reformen der Arbeitsmarktpolitik und der sozialen Sicherungssysteme gefordert. Empfohlen werden zudem umfassende integrationspolitische Maßnahmen.

*Auswirkungen auf
Bundesebene*

Fundierte Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene wurden bislang nicht entwickelt, obwohl die Kommunen unmittelbar von der demografischen Entwicklung betroffen sein werden; sie werden die Auswirkungen „vor Ort“ zu spüren bekommen. Dabei werden unterschiedliche Aufgabenfelder betroffen sein. Die einzelnen Auswirkungen lassen sich den wichtigsten Trends der demografischen Entwicklung – Veralterung und Bevölkerungsrückgang – zuordnen.

*Auswirkungen auf
kommunaler Ebene*

Der Trend zur Veralterung der Bevölkerung betrifft verschiedene Bereiche der Stadtentwicklung. Die Wohnsituation und das Wohnumfeld älterer Menschen stellen entscheidende Faktoren für die Gestaltung des demografischen Wandels dar. Sicher ist, dass der Bedarf an altengerechtem Wohnraum steigen wird. Über Fragen der baulichen Gestaltung hinaus tragen auch infrastrukturelle Maßnahmen sowie Betreuungs- und Freizeitangebote zu einem altengerechten Wohnumfeld bei. Für ältere Menschen sind z.B. wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten sowie eine gute Erreichbarkeit von ÖPNV-Angeboten wichtig.

*Auswirkungen der
Veralterung*

Entscheidende Auswirkungen sind auch im Bereich der Altenhilfe zu erwarten. Deren Angebote werden stärker nachgefragt werden. Hier stehen Kommunen vor der Aufgabe, wie sie angesichts knapper finanzieller Ressourcen bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Altenhilfeangebote sicherstellen können.

³ Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ – Herausforderungen unserer älterer werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik, BTDrucks. 14/8800

Wenn auch der Trend zur Veralterung der Bevölkerung insgesamt nicht gestoppt werden kann, so lohnt es sich für Kommunen dennoch für junge Familien attraktiv zu sein. Denn einer überproportionalen Veralterung der Kommune kann durch familienfreundliches Handeln entgegengewirkt werden.

Aus der zunehmenden Veralterung der Bevölkerung und der Veränderung der traditionellen Familienstrukturen folgt die Frage, wie das Zusammenleben der Generationen gestaltet werden kann. Für Kommunen besteht die Chance das Miteinander von Jung und Alt zu fördern und in neuen Formen wiederzubeleben. Die ältere Generation bietet hierzu vielfältige Potenziale, von denen es sich lohnt sie nutzbar zu machen.

*Auswirkungen des
Bevölkerungsrückgangs*

Durch den Bevölkerungsrückgang werden kommunalen Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen die Nutzer fehlen. Daher sind nachhaltige Nutzungskonzepte erforderlich.

Aufgrund der Ansprüche von Familien an ein attraktives Lebensumfeld ist weiter ist zu befürchten, dass es zu einer verstärkten Abwanderung in die Außenbezirke bzw. das Umland kommt. Damit einhergehend droht ein „Ausbluten“ der Kernstädte. Auch hier muss durch vorausschauende Stadtentwicklungspolitik gegengesteuert werden.

Darüber hinaus müssen Kommunen zukünftig mit einem verstärkten Wettbewerb um ihre Einwohner rechnen. Durch attraktivere Arbeits- und Wohnmöglichkeiten sowie bessere Infrastrukturangebote für Familien können Nachbarstädte Einwohner abwerben, was auch finanziellen Auswirkungen nach sich zieht.

Eine zentrale Herausforderung des demografischen Wandels stellt schließlich die Integration von Zuwanderern dar. Zwar steht nicht fest, wieviele Zuwanderer es pro Jahr geben wird. Fest steht aber, dass diese besser integriert werden müssen, als es in der Vergangenheit geschehen ist.

5. Handlungsmöglichkeiten vor Ort

Wie kann der demografische Wandel konkret gestaltet werden? Grundsätzlich lassen sich die möglichen Handlungsoptionen in zwei Gruppen unterteilen: Zum gibt es Maßnahmen, die darauf abzielen, die Entwicklung der demografischen Prozesse direkt zu beeinflussen, zum anderen solche, die versuchen, die Auswirkungen der demografischen Entwicklung für den Staat und die Gesellschaft verträglich zu gestalten. Zu der ersten Gruppe gehören z.B. familien-

und integrationspolitische Maßnahmen. In die zweite Gruppe fallen z.B. der Ausbau der Altenhilfeangebote und die Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Zwar müssen die entscheidenden Rahmenbedingungen für den Umgang mit dem demografischen Wandel auf Bundesebene geschaffen werden, unmittelbar von der demografischen Entwicklung sind jedoch die Kommunen betroffen. Die möglichen Auswirkungen betreffen unterschiedliche Handlungsfelder und Politikbereiche. Sinnvolle Lösungen werden sich daher vielfach nur durch bereichsübergreifende Zusammenarbeit finden lassen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden im folgenden die wichtigsten Handlungskorridore auf kommunaler Ebene aufgezeigt.

5.1 Ein altengerechtes Wohnumfeld schaffen und selbstbestimmtes Wohnen fördern.

Dies erfordert z.B.

- Barrierefreiheit, sowohl in Wohnungen als auch im Wohnumfeld (z.B. Wohnberatung, Förderung der Wohnraumanpassung)
- Erhaltung bzw. Schaffung einer altengerechten Infrastruktur im Wohnumfeld (Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, etc)
- Initiierung von ortsnahe Hilfe-Vermittlungsstellen für ältere Menschen
- Erhaltung der Mobilität ältere Menschen durch ÖPNV-Angebote (Linienplanung, Einsatz von Niederflurbussen)
- Förderung betreuter Wohnformen
- Freizeitangebote, die älteren Menschen soziale Kontakte bieten

Mehr Informationen unter:

www.kda.de

Kuratorium Deutsche Altershilfe, Informationen zum Bundesmodellprogramm „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“

www.schader-stiftung.de

diverse Projekte aus dem Bereich „Wohnen im Alter“ (Wohnwünsche und –bedürfnisse älterer Menschen, altengerechte städtebauliche Planung, Wohnmodelle im Alter); kostenloser Download von Projektberichten

www.sozialnetz.de

u.a. Informationssystem „Wohnen im Alter“

5.2 Zukunftsorientierte Altenhilfestrukturen aufbauen.

Dazu gehören z.B.

- Aufstellung eines Altenplans mit Darstellung der vorhandenen Angebotsstruktur verschiedener Träger aus allen altenbezogenen Bereichen sowie einer Ausweisung des zukünftigen Bedarfs
- Aufbau fehlender Dienste und Einrichtungen (z.B. Tagespflegeplätze, Nachbarschaftshilfen)
- Kapazitätsausbau im Altenhilfe- und Pflegebereich
- Qualitätssicherung bzw. –steigerung im Pflegebereich
- Koordinierung der verschiedenen Angebote der Altenhilfe unterschiedlicher Träger
- Vernetzung von Angeboten der Altenhilfe und des Gesundheitswesens
- Besondere Hilfen und Versorgungsmaßnahmen für Demente
- Projekte zur Entlastung pflegender Angehöriger (z.B. Nachbarschaftsnetzwerke, Einrichtung einer Pflegeberatung)
- Altenhilfeangebote für ältere Migranten und Migrantinnen, die in die übrigen Angebote der Altenhilfe integriert werden (keine „Insellösungen“)

Mehr Informationen unter:

www.altenhilfestrukturen.de

„Altenhilfestrukturen der Zukunft“, Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ziel ist u.a. die Stärkung und Vernetzung kommunaler Altenhilfestrukturen

www.leverkusener-altenhilfe-in-bewegung.de

Umsetzung des Modellprogramms in Leverkusen

5.3 Eine familienfreundliche Kommune werden.

Dies kann bspw. erreicht werden durch

- Ausweisung von Baugebieten, die günstiges Bauen ermöglichen
- Durchführung einer „Familienverträglichkeitsprüfung“ bei Planungsprozessen
- Flächendeckende und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote (z.B. echte Ganztagsbetreuung, Wochenendangebote)
- Freiraum für Kinder und Jugendliche, indem ausreichend Spiel- und Sportflächen zur Verfügung gestellt werden
- Attraktive Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Mehr Informationen unter:

www.ies.uni-hannover.de

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH, Modellprojekt zur "Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune“

www.sozialestadt.de

Projektdatenbank zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

5.4 Das Miteinander von Jung und Alt fördern.

Dies kann bspw. erreicht werden durch

- Planung von Wohngebieten, die sowohl für junge Familien als auch für die ältere Generation attraktiv sind
- Angebote zur Förderung des Austauschs zwischen den Generationen (z.B. Patenschaften, ehrenamtliche Betreuungsangebote)
- Stärkung der „aktiven Alten“ (z.B. Seniorenbüros, Selbsthilfeorganisationen)

Mehr Informationen unter:

www.generationendialog.de

Kampagne zur Verbesserung des Dialoges zwischen den Generationen, umfangreiche Projektdatenbank

5.5 Die Integration von Migranten fördern.

Dies kann z.B. geschehen durch

- Vermeidung von Ghettostadteilen durch Wohnungspolitik und Stadtplanung
- Verbesserung der Bildungschancen von Migranten
- Vernetzung der kommunalen Beratungsangebote (Jugend-, Altenhilfe, Ausländerarbeit)

Mehr Informationen unter:

www.integrationswettbewerb.de

Integrationswettbewerb des Bundespräsidenten unter Mitwirkung der Bertelsmann Stiftung

www.lzz-nrw.de

Landeszentrum für Zuwanderung NRW

www.migranten-initiativen.org

Deutsche Seite des EU-Projektes "Entwicklung innovativer Konzepte zur sozialen Integration älterer Migranten/innen"

5.6 Die Kernstädte stärken und kommunale Infrastruktur erhalten.

Dazu bedarf es z.B.

- Nachhaltiger Nutzungskonzepte für kommunale Einrichtungen (z.B. Schulen, Kindergärten)
- Vorausschauende Stadtentwicklungspolitik (z.B. Reaktivierung von Flächenreserven in den Kernstädten)

Mehr Informationen unter:

www.ils.nrw.de

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW, Informationen zum Thema „Demografische Entwicklung – schrumpfende Stadt“

www.bbr.bund.de

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Informationen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Wohnungsbedarf

5.7 Dem Wettbewerb zwischen Kommunen um den Zu- bzw. Wegzug von Einwohnern begegnen.

Dies erfordert z.B.

- Freiwillige interkommunale Kooperation
- Regionale Koordination der Entwicklungsstrategien

5.8 Die Bürger am Umgang mit dem Demografischen Wandel beteiligen.

Dies wird bspw. möglich durch

- gezielte Sensibilisierung für das Thema durch Öffentlichkeitsarbeit
- Beteiligung der Bürger an den einschlägigen Planungsprozessen
- Institutionalisierung der Beteiligung besonders betroffener Bevölkerungsgruppen (z.B. Senioren- und Kinderbüros)
- Bewusstseinswandel hin zu einer sowohl familien-, alten- als auch integrationsfreundlichen Kultur

Mehr Informationen unter:

www.seniorenbueros.org

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

Informationen zur Beteiligung und Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen

Literatur

- DEMO Heft 02/2002, Schwerpunkt „Ein Land überaltert“
- Demographische Entwicklung – Schrumpfende Stadt, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Dortmund 2002, Download unter www.ils.nrw.de
- Die demographische Zeitenwende: der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, Herwig Birg, München 2001
- Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Alter und Gesellschaft; Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, BTDrucks. 14/5130
- Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, BTDrucks 14/8800
- Stadt und Gemeinde Heft 3/2002, Schwerpunkt: „Familienfreundliche Kommune“
- Strategien der Integration: Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik, Marga Pröhl und Hauke Hartmann (Hrsg.), 2002
- Ziele und Möglichkeiten kommunaler Seniorenpolitik, Städte- und Gemeindebund NRW, Düsseldorf 2000

Links

www.destatis.de

Statistisches Bundesamt

www.europa.eu.int/comm/eurostat

Eurostat

www.un.org/ageing

2. Weltversammlung zu Fragen des Alterns

www.bib-demographie.de

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

www.demographie.de

Bevölkerungswissenschaft an der HU Berlin

www.gerostat.de

Statistisches Informationssystem für Altersfragen

www.ibs.uni-bielefeld.de

Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik,

www.sozialpolitik-aktuell.de

Sozialpolitisches Portal

www.srzg.de

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen; Informationen zum

Thema Generationengerechtigkeit